

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Abn. 30 Pf.
Gesprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 295, Schriftleitung Nr. 14 574.
Postgeschäftsstelle Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teil 2 M., die 66 mm breite Grundeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Einschluß 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitungswesen: Zeitungsblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Befreiungsbücher der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuch
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzplatten auf den Staatsschreinern.
Beauftragt mit der Überleitung (und preisgelehrten Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 40

Freitag, 18. Februar

1921

Dr. Simons in Karlsruhe.

Karlsruhe, 16. Februar. Vor einer Versammlung von Ministern, Landtagabgeordneten, Vertretern staatlicher und bürgerlicher Behörden, von Handel, Industrie und Gewerbe aus Karlsruhe und anderen badischen Orten, der Beamtenschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, führte Reichsminister Dr. Simons in einer längeren Rede unter anderem folgendes aus: Die sogenannten Sanktionen, die die Besetzung deutscher Gebiete würden für Süddeutschland und insbesondere für Bayern von großer, schwerwiegender Bedeutung sein. Wir wären auf gutem Wege, wenn wir den Brüsseler Weg weitergegangen wären. Man habe diesen Weg verlassen und den Weg des Völklings vorgezogen. Was sei denn die Pariser Konferenz anders? Der Verband greift weit über das hinaus, was wir zu leisten vermögen. Es ist unsere Aufgabe, den Franzosen nachzuweisen, daß es ihnen auf dem von ihnen betretenen Wege nicht gelingen wird, ihre schwierige Lage zu erleichtern. Wir müssen versuchen, mit Vorschlägen an die Londoner Konferenz heranzutragen, die innerlich durchdacht und praktisch durchführbar sind. Es ist möglich, es ist sogar wahrscheinlich, daß die Londoner Konferenz in den ersten Versuchen kein Ergebnis der Verhandlung haben wird. Es wird außerordentlich schwer sein, sich in London über die neue Methode zu einigen. Eine peinliche Lücke des Friedensvertrages ist, daß man dem deutschen Volke nicht gesagt hat, was man eigentlich von ihm verlangt, und wenn man nun jetzt Vorschriften macht, daß wir nicht selbst Vorschläge gemacht haben, so müssen wir erwidern, daß die Unsicherheit bei uns zu groß geworden ist, um Vorschläge machen zu können. Wir müssen festhalten an dem Wenigen, was wir aus dem Zusammenbruch getrennt haben. Zu dem Wenigen gehört die Unverschärfung des Reichsgebäudes. Es wisse, es gebe keinen Mann im Deutschen Reich, wo dieser Reichsgebäude lebendiger sei, als in Baden. Der Minister habe sodann die Unverschärfung des Reichsverfassung hervor und meinte, solange wir die Reichsverfassung haben, solange wollen wir sie auch verteidigen gegen den Angriff von innen und außen. Die Pariser Beschlüsse würden in ihren Folgen eine Unverschärfung der deutschen Reichsverfassung nicht gewährleisten. Dagegen müßten wir uns mehrieren. Die Pariser Beschlüsse ließen hinaus auf einen Zusammenbruch alles dossen, was sich das deutsche Volk auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete erobert habe. Wenn wir die Pariser Beschlüsse nicht annehmen, so treten die Sanktionen in Kraft, die ebenfalls hinausgehen auf eine Trennung des Deutschen Reichs. Jede Bestrebung von außen, die dahin geht, das deutsche Stammbereich auseinanderzuziehen, bedeutet ein Attentat gegen die Reichsverfassung. Der Minister betonte, daß er auf seiner Reise durch Süddeutschland das ehehende Gefühl gehabt habe, daß dieses Attentat auf den einmütigen Willen des ganzen deutschen Volkes hoffen werde. Es gehe nach London mit dem Gefühl, daß dieser Einheitsgedanke aus dem ganzen deutschen Volke nicht herausgerissen werden könne. Dieses Gefühl werde ihm Kraft geben, den unannehbaren Forderungen gegenüberzutreten.

Die Besatzungslosen.

Berlin, 16. Februar. In dem Berichte der verbündeten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz werden nach der "Europe Nouvelle" die deutschen Angaben über die Unterhaltungskosten des Besatzungsheeres als unrichtig bezeichnet und es wird behauptet, daß die deutsche Regierung für die von ihr angegebene Kostensumme von 15 Milliarden und 5 Millionen in keiner Form Belege habe. Der "Börsischen Zeitung" wird dazu von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Interessenbereiche 30 Milliarden Papiermark auf dem liquidierten deutschen Eigentum zur Deckung der bislangen Besatzungslosen angemeldet haben. Weiter enthält die deutsche Kostenangabe diejenigen Ansprüche, welche die deutschen Staatsbürger seit den ersten Tagen der Besetzung für den durch diese entstehen Schaden geltend gemacht haben.

Französische Einschüchterungsversuche.

Drohung mit den Sanktionen.

Paris, 17. Februar. Marcel Hulin schreibt im "Echo de Paris" über die bevorstehende Londoner Konferenz: Die deutschen Vorschläge in der Reparationsfrage würden von den Forderungen der Verbündeten in solchem Grade abweichen, daß Frankreich nicht zurückweichen werde. Ministerpräsident Briand werde sich an den Grenzen des Abkommen von Paris halten. Wenn die Deutschen mit einem logistischen Rein London verlassen würden, sei anzunehmen, daß die französischen Unterhändler nach Paris zurückkehren werden und daß Ministerpräsident Briand unverzüglich das Parlament unterrichten werde. Man habe die Möglichkeit ins Auge, daß die englischen Freunde die Sanktionen nicht sofort spielen lassen würden, die im Abkommen von Paris vorgesehen seien. Wenn England beispielsweise Vorschriften von den Besitznahmen eines großen deutschen Hafens, und wenn Frankreich für den Anfang beginne, Hand auf eine industrielle Großstadt zu legen, die für die Kohlenlieferung für Bayern und andere deutschen Staaten in Frage komme, dann würden die Deutschen sich wohl die Sache überlegen und ohne Zweifel nach London zurückkehren um auf der Grundlage zu verhandeln, die sich den Pariser Dispositionen anpassen.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 16. Februar. Die deutschen Kohlenlieferungen für Januar belaufen sich auf 1 681 996 t, davon 1 060 482,5 t Kohlen, 323 575,8 t Koks und 96 666 t Braunkohlenbitumen. Von diesen Mengen

wurden 1 069 075,5 t Frankreich zugestellt, 208 012 t Italien, 274 696 t Belgien und 130 213 t Luxemburg. Die Kriegsliabilitieskommission hat am 29. Januar eine längere Ausführung über die Schwierigkeiten geschickt, auf welche die deutsche Regierung bei Durchführung der Kohlenlieferungen stößt. Diese Ausführung unterliegt zuerst einer genauen Prüfung durch das Kohlennamt der Kommission. Die Deutschen werden von der Kommission angehört werden, sobald das genannte Kohlennamt seinen Bericht zu Ende geführt haben wird. Diese Vernehmung, die wahrscheinlich in den ersten Tagen des Monat März stattfinden wird, wird sich jedoch nur mit der Feststellung der von Deutschland im Monat April 1921 zu leistenden Kohlenlieferungen befassen, während keinerlei Veränderungen der für Februar und März festgesetzten Zahl in Frage kommen.

Die deutsche Kinderhilfe.

Berlin, 17. Februar. Wie der Vorstand der deutschen Kinderhilfe mitteilt, haben die Sammlungen in Berlin für die deutsche Kinderhilfe über 10 Millionen Mark ergeben. Laut "Tägliche Rundschau" beträgt das Gesamtergebnis der deutschen Kinderhilfe in Sachsen 3 1/4 Millionen Mark.

Danzig und Polen.

Danzig, 17. Februar. Der Beginn der Verhandlungen zwischen Danzig und Polen zum Abschluß der verschiedenen Verträge, die das weitere Verhältnis dieser beiden Staaten zueinander regeln sollen, ist nur endgültig auf den kommenden Sonnabend festgesetzt worden. Beide Parteien haben sich auf die Bildung von insgesamt dreizehn Kommissionen geeinigt, von denen vier in Danzig, die übrigen in Warschau tagen sollen. Es sind vorgesehen vier Kommissionen für politische Angelegenheiten, vier Kommissionen für die wirtschaftlichen Fragen und fünf Ausschüsse für Verkehrsangelegenheiten.

Berlust Oberschlesiens — Deutschlands Bankrott.

London, 16. Februar. In der "Westminster Gazette" veröffentlicht Frau Bugton einen Aufsatz über die Wirtschaftslage in Oberschlesien, in dem es heißt: Bei einer etwaigen Entscheidung der Volksabstimmung zugunsten Polens würde der polnische Patriotismus nur zum Ausdruck kommen in Tarifhindernissen und endlosen Vorschriften und Beschränkungen sowie in teilweiser Boykottierung, wenn nicht Massenentlassungen deutscher Angestellter. Bei einem politischen Sieg würden Österreich, Italien und Oberschlesien nur wenig Ausichten darauf haben, die ihnen jetzt zu gewiesene oberschlesische Kohle, von der ihr Leben abhängt, zu erhalten. Mit dem Verlust Oberschlesiens würde Deutschland gezwungen werden, gewisse Artikel einzuführen. Dadurch würde sich die deutsche Währung noch mehr verschlechtern. Infolgedessen sowie durch die vernichtete Industrie und den Verlust einer seiner reichsten Steuerquellen würde der Bankrott Deutschlands vollständig und der Europas näher gebracht werden.

Anwerbung Deutscher für die polnische Armee.

Allenstein, 16. Februar. Wie das "Allenstein'sche Volksblatt" meldet, ist heute vormittag der polnische Agitator Jan Bożewski, zuletzt Leiter des Sekretariats des Polenbundes für Oberschlesien, wegen dringenden Verdachtes der Beihilfe zur Anwerbung deutscher Untertanen für die polnische Armee verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Die Londoner Konferenz.

London, 16. Februar. Das Reutersbureau erzählt, daß die bevorstehende Londoner Konferenz im St. James-Palast stattfinden werde, den der König zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt habe. Für die Presse werden Einrichtungen geschaffen. Die deutsche Delegation wird im Savoy-Hotel untergebracht werden. Marschall Foch und General Weygand werden an der Reparationskonferenz teilnehmen.

Die Internationalisierung der deutschen Schulden.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Berlin, 16. Februar. Man fühlt in Frankreich nur zu gut, daß die Politik der Verbündeten in der Wiedergutmachungsfrage die amerikanischen Interessen, nicht weniger aber die amerikanische Psychologie zu wenig berücksichtigt hat. Dieser Fehler wird um so empfindlicher, als man sich darüber klar wird, daß solche Wiedergutmachungspläne nur papiernen Wert haben können, wenn nicht die Vereinigten Staaten von Amerika ins Einverständnis gegangen sind. Amerika ist und bleibt nun einmal der einzige in Frage kommende Geldgeber, der die deutschen Bonds zu diskontieren in der Lage wäre, aus reiner Menschenfreundschaft welche sich aber die Union kaum dazu verleihen. Gelder auf Forderungen zu leihen, die sie für zweckhaft hält. Ein zweiter ist sie nun zu den Verhandlungen in der Reparationsfrage nicht herangegangen worden, der bevorstehende Regierungswechsel hätte dies auch praktisch unmöglich gemacht, wenn man es nicht vorgezogen hätte, die Londoner Konferenz um einige Wochen zu verschieben. Aber das hat man in Paris offenbar nicht zulassen wollen, um von vornherein Einflüsse auszuüben, die möglicherweise Deutschland zugute gekommen wären.

Inzwischen beschäftigt der Mobilisierungswillen der deutschen Schulden in beständig zunehmendem Maße die französische Öffentlichkeit. Im Zusammenhang mit der Rede des deutschen Außenministers Dr. Simons in Stuttgart und den zu erwartenden deutschen Gegenbeschüssen erfordert man die Möglichkeiten, die deutsche Schulden mit Hilfe amerikanischer und neutraler Finanzgruppen flüssig zu machen. Über die Notwendigkeit einer internationalen Anleihe dürfte man sich ja haben wie drüber gleichermassen im klaren sein. Auch Dr. Simons hat darauf hingewiesen, daß eine große internationale Finanzoperation für die europäische Gesamtirtschaft zum Zwecke des Wiederaufbaus unerlässlich sei; eine solche internationale Anleihe sei jedoch nur erreichbar, wenn man eine ganze Anzahl der verschiedensten Vermögens des Friedensvertrages durch einfache und klare Finanzverschreibungen abbüte. Der deutsche Standpunkt weicht aber von dem der Verbündeten insofern nicht unbedenklich ab, als die leipziger Finanzfragen bei der Wiedergutmachung in Vordergrund stellen, während die deutsche Regierung den Nachdruck stärker auf das Produktionsproblem legt, insofern als die von Deutschland geforderten finanziellen Leistungen mehr dem allgemeinen Produktionsprozeß der Welt angepaßt werden mühten.

Frankreich seinerseits unterläßt nichts, um irgendwo in den Vereinigten Staaten von Amerika den Boden für die kommende internationale Anleihe vorzubereiten. Als erste Voraussetzung erscheint ihm für diesen Zweck die Bearbeitung der öffentlichen Meinung jenseits des Atlantischen Ozeans, die zwar den Anpruch Frankreichs auf eine kleinen Schaden angemessene Wiedergutmachung anerkennt, aber doch deren Grenzen durch die Leistungsfähigkeit Deutschlands gegeben sieht. Hier versucht die französische Propaganda „auszuläden“ und Misverstehen zu beseitigen. Vor allem sucht man es den Herren in Washington darzumachen, daß man ja Deutschland gegenüber gar nicht grundsätzlich hartnäckig sei, nur verlangt man dann auch von den verbündeten Gläubigern Entgegenkommen. In diesem Sinne wenigstens hat sich erst vor wenigen Tagen der Abg. Forges unter dem großen Beifall der Deputiertenkammer ausgesprochen. Die anderte Anregung der französischen finanzpolitischen Kreise an Amerika geht dahin, die Schulden Deutschlands in eine internationale Anleihe umzuwandeln, die, wie der "Tempo" andeutet, nicht mehr den Charakter einer Zahlung des Besiegten an den Sieger, sondern den eines rein wirtschaftlichen Kredis tragen müsse. Solange es sich um eine Kriegsschuld handle, wird Deutschland immer wieder Mittel finden, sagt das Blatt, um sich ihr zu entziehen, und man könnte es nur mit Gewalt zur völligen Zahlung zwingen, im anderen Falle wäre der Kredit Deutschlands selbst an die Abtragung der Schuld gebunden, und es läge also in seinem eigenen Interesse, alle Zahlungen bis ans Ende zu leisten.

Die Forderungen der österreichischen Beamten.

Berlin, 17. Februar. Wie das "Berliner Tageblatt" aus Wien meldet, haben die österreichischen Staatsbeamten beschlossen, ihre Forderungen auf Verdopplung der Schäden, die von der Regierung abgelehnt worden waren, aufrechtzuerhalten und bis zur Durchführung dieser Maßnahmen die sofortige Auszahlung eines Beitrags von 5000 Kr. zu verlangen. Sollte die Regierung diesen Forderungen nicht nachkommen, so werden die Beamten in den Streik treten.

Die englische Arbeitslosenfrage.

London, 1. Februar. Im Verlaufe der Unterhaus-Debatte über die Arbeitslosenfrage erklärte Barnes, den Mitgliedern der Arbeiterpartei sei es nicht gelungen, irgendwelchen praktischen Vorschlag für die augenblickliche Lage zu liefern. Es sei hoffnungslos, auf England als Retter aus der augenblicklichen Lage zu blicken. Mit Bezug auf die Forderung, daß der Staat für eine angemessene Unterstützung der Gewerkschaften sorgen müsse, erklärte Barnes, es dürfe nichts unternommen werden, um den Aufsturm zur Arbeit zu verteuern. Eine Ursache der augenblicklichen Krise sei der Mangel an Vertrauen, der aus den Gewerkschaften entstehe. Er werde den von der Arbeiterpartei eingezogenen Abänderungsantrag nicht unterstützen und hoffe, die Regierung werde sich mit dem, was bisher unternommen wurde, nicht begnügen. Robert trat für freie Handelsbeziehungen mit anderen Völkern ein.

Die Kämpfe in Irland.

Dublin, 16. Februar. Nach einer amüsanten Dubliner Meldung sind im Laufe des Kampfes am 15. Februar bei Mountjoy Abbey 8 Sinnheir getötet und 8 andere gefangen genommen worden.

Caruso liegt im Sterben.

Paris, 16. Februar. Nach einerhabad-meldung aus New York liegt Caruso im Sterben. Er hat heute vormittag die Herzchirurgen erhalten.

Polen beigelegt sei, der Brüder der Nachnahme in den Völkerbund näher treten. Polen wolle ohne Zweifel nach den schwerlichen Leiden des letzten Jahres Frieden mit Russland machen. Das überlieferte Prinzip werde in keiner Zeit durch die Abstimmung seine Regelung erfahren. Nachdem er sich anerkennend über die tschechoslowakische Republik gefeuert hatte, ging Lord Curzon auf die östeuropäischen Verhältnisse ein. Die Meinungsverschiedenheiten Jugoslawiens mit Italien wegen der Adriafrage seien beigelegt worden. Italien sei auf dem besten Wege, sich zu einem geschäftigen Staatsgebilde auszuwählen. In Rumänien sieht Curzon einen festen Damm Osteuropas gegen die drohende revolutionäre Gefahr. Was man auch immer über Russland und über die Lage, in der sich seine Bevölkerung befindet, denken möge, Russland sei bedauernswert, weil es immer noch unter den inneren Wirren leide.

Was Österreich angeht, das früher zu den europäischen Großstaaten gehörte, so befürchte sich das Land augenscheinlich in einem Zustande vollständiger wirtschaftlicher Erschöpfung, hervorgerufen durch die große Un Sicherheit und Durchhaltung all der Städte, die an der Zukunft dieses Teiles Europas interessiert sind. Was die Konferenz von Paris anlangt, so beschäftigten sich die Verbündeten hauptsächlich damit, über die Durchführung des Besoldter Vertrages zu wachen. Dies geschah im engsten Zusammenarbeiten Großbritanniens und Frankreichs, noch die wichtigen Säulen für den Frieden Europas liegen. Die Londoner Konferenz werde die Entscheidung von Paris verwirken. Es verfügte darum, alle Probleme einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen, da sowohl die Deutschen aus den Erklärungen im Parlament den Vorteil ziehen wanted, die Aufgaben nur noch schwieriger zu gestalten.

Die Arbeitslosigkeit in England.

London, 16. Februar. Im Unterhause erklärte der Führer der Arbeiterpartei Clynes über die Arbeitslosigkeit, die Lage sei seit Dezember schlimmer geworden. Er fragte die Regierung, welche Versuche sie zur Wiederherstellung eines wirtschaftlichen Friedens und zur Schaffung von handelskreisfremden unternommen habe, und trat für die Wiederaufnahme des internationalen Handels und der handelsbezüglichen zu Russland ein. Mr. Ramsay erklärte, die Zahl der Erwerbslosen sei von 230 000 im Oktober vorherigen Jahres auf 1 039 000 am 11. d. M. gestiegen. Nicht indirekt seien hierbei etwa 600 000 Arbeiter, die eine systematisch verkürzte Arbeitzeit haben. Unter den 1 039 000 Erwerbslosen befinden sich leider auch 368 000 Kriegsteilnehmer. Das Arbeitsministerium hat sein möglichstes, um die britische Industrie wieder herzustellen.

Die Löhne der englischen Bergarbeiter.

London, 16. Februar. Das sozialdemokratische Blatt "Daily Herald" berichtet: Die Grubenarbeiter von England hätten sich entschlossen, Ausschreitungen vorzunehmen, um die Löhne der Bergarbeiter dem Kostenpreise entsprechend zu verteuern.

Befreiung eines zum Tode verurteilten Sämanns.

London, 16. Februar. Nach einer Meldung aus Dublin haben die Sämmerer gestern abend den zum Tode verurteilten Sämannen Testling, der einen Offizier erschossen hatte, aus dem Gefängnis freigesetzt. Die Befreiung erfolgte in der Weise, daß eine Kompanie Soldaten mit aufgespanntem Bajonett unter Führung eines Offiziers

zum Tode verurteilten Gefangenen verlangt, um ihn in ein anderes Gefängnis zu überführen, und zwar auf Grund von rechtsgeschäftig ausgestellten Papieren. Wie sich später zeigte, handelte es sich dabei um verkleidete Sämmerer, die auf diese Weise ihre Freiheit besiegeln.

Nicht wieder bolschewistisch.

DA. Wien, 16. Februar. Das ukrainische Freiheitskraut meldet aus Simferopol: Durch Verstärkungen aus Moskau ist es den Truppen der Römerregierung gelungen, die ukrainischen zu vertreiben und sie samt Städten wieder zu besiegen. Die Besetzung Kiews wurde durch 60 000 Russen verhindert und der Zugangsstand verhindert.

Russisch-italienischer Warenaustausch.

DA. Neapel, 16. Februar. In Neapel ist eine russisch-italienische Kommission unter Führung Ruffins eingetroffen, um den Warenaustausch zwischen den italienischen und russischen Kooperationsgesellschaften zu organisieren.

Der Ministerwechsel in Schweden.

Stockholm, 16. Februar. Branting hat heute dem König erklärt, er könne nicht die Regierungsbildung übernehmen. Hierauf hat der König den früheren Ministerpräsidenten Admiral Arvid Lindman beauftragt, die neue Regierung zu bilden.

Stockholm, 16. Februar. Der Führer der konservativen Admiral Lindman, der nach der Abschaffung Brantings zur Kabinettbildung aufgerufen wurde, hat ebenfalls abgelehnt. Der König hat sich jedoch an den Führer der liberalen Partei Landeshauptmann Eden gewandt, der erkannte, den Auftrag nicht übernehmen zu können.

Wiederherstellung von Austerland in Belgien.

K. P. Brüssel, 16. Februar.

Wie wenig Ursache die Belgier hatten, jetzt noch immer über den durch die Verschwörungen der "Röthe" verursachten Schaden zu klagen, geht daraus hervor, daß nach einer Mittellung der "Vière Belgique" nur noch 25 000 hector Landes in der Kampfzone nicht bebaut werden können. Sie berichtet nämlich, daß von 80 000 hector in der südlichen belgischen Front, die überhaupt für die Kultivierung in Frage kommen können, bereits 52 000 wieder bebaut gemacht worden sind.

Die italienisch-christlichen Gewerkschaften gegen die Pariser Verträge.

Rom, 16. Februar. Die italienisch-christlichen Gewerkschaften erheben Widerstand gegen den Zustand der Gewerke, zu dem die deutsche Arbeiterschaft für 42 Jahre zum Profit eines fremden Kapitalismus und Imperialismus verurteilt werden soll und protestieren gegen die Enteignung des deutschen Volkes durch neue Auslagen.

Der Nationalkongress der italienischen Landwirte.

Rom, 16. Februar. Der in Rom zusammengetretene Nationalkongress der italienischen Landwirte wird sich hauptsächlich mit den Maßnahmen beschäftigen, die zu treffen sind, um jeden Kontakt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verhindern und die Versöhnung zwischen den Massen zu fördern.

Die hektischende Orientkonferenz.

Rom, 16. Februar. Im Beisein der bevorstehenden Orientkonferenz besitzt die italienische

zu diesem Entschluß gebracht haben, sind vorläufig nicht bekannt; es scheint, daß irgendwelche tiefgehende Verständigung zwischen ihm und den Haager Konsulnkreisen die Verabschiebung zu dem aussichtsreichen Schrift bildet. Die Sonnenburg unsichere vorherrschende Werte von Rembrandt, Rubens, Titian, von Goyen, Cuyp und anderen holländischen Meistern.

Die viersilbige Koppenhagener Sammlung Heilmann, die in den letzten Jahren manches bewundernde Stück aus deutschem Kunstbesitz und Kunsthandel nach Dänemark entführt hat, soll nun schon wieder zum Verkauf kommen. Die auch bei uns bekannte Hauptstätte der Sonnenburg sind eins der Wertsachen-Museum, die Eremitage von 1664, der schöne kleine Raum, der das Hinterbildnis aus der leichten Zeit des Meisters, der betonte Petrus des Greco und Goya's Bildnis der Herzogin von Alba.

Russ. Drei musikalische Einakter des thüringischen Volkskomponisten Friedrich Albert Köhler (Gera): "Dichter Erwachen" (Text von Hermann Röttke), "Die Engelapotheose", eine heitere Pantomime (Text von Dr. Krücke-Wächters) und "Der Bettler auf Besuch" (Text von Wilhelm Busch) beabsichtigt Intendant Strickbold noch in dieser Spielzeit am Landestheater Gotha zur Uraufführung bringen.

Theater und Film. Ans Leipzig wird und geschriften: Wie zahlreiche andere Städte sind auch die städtischen Theater zufolge des Umsturzes oder wirtschaftlichen Verhältnisse in hohem Grade notleidend geworden und schon wie das Monstert der Schließung lichtbar. Der Stadtrat berechnet die Gesamtaufgaben für das laufende Rechnungsjahr auf etwa 12 527 000 M., während er die Einnahmen auf rund 9 250 000 M. befreit. Damit würde ein Defizit von rund 3 279 000 M. in Frage kommen. Da das kommende Rechnungsjahr 1921/22 rechnet der Rat mit einer weiteren Steigerung der Ausgaben, die auf rund 13 100 000 M. befreit, also um rund 1 ½ Mill. M. höher. Weitere Einschrän-

zung der Auslieferung des Gefangenens verlangt, um ihn in ein anderes Gefängnis zu überführen, und zwar auf Grund von rechtsgeschäftig ausgestellten Papieren. Wie sich später zeigte, handelte es sich dabei um verkleidete Sämmerer, die auf diese Weise ihre Freiheit besiegeln.

Die Republik des fernen Orients.

Paris, 16. Februar. Danach erhält aus Simferopol: Durch Verstärkungen aus Moskau ist es den Truppen der Römerregierung gelungen, die ukrainischen zu vertreiben und sie samt Städten wieder zu besiegen. Die Besetzung Kiews wurde durch 60 000 Russen verhindert und der Zugangsstand verhindert.

England und die Abrüstungsfrage.

London, 16. Februar. "Pall Mall and Gazette" erhält von maßgebender Seite, daß das britische Kabinett beschlossen habe, daß kein Vorschlag von Seiten Englands sowohl mit Bezug auf die Abfertigung als auch auf andere die Beziehungen zwischen Großbritannien und Amerika berührende Fragen vorgebracht werden sollen, bis die neue amerikanische Regierung ihr Amt angetreten hat und die Haltung Englands klar festgelegt ist.

Der amerikanische Feldzug für die Abrüstung.

London, 16. Februar. Aus Washington wird berichtet, daß Senator Coolidge seinen Feldzug für die Entwicklung einer Konferenz zwischen England, Japan und Amerika zum Zwecke eines Abkommen über eine wesentliche Verringerung des Schiffsverkehrs in den nächsten 5 Jahren.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 17. Februar.

* Mit der Tuberkulosebekämpfung beschäftigte sich der Rat in seiner letzten Sitzung. Die Stadtverordneten hatten bestimmt, daß die bisher vom freien Ausschuß zur Bekämpfung der Schwindsucht bewilligte Tuberkulosebekämpfung in südliche Verwaltung zu übernehmen. Der Rat will dem freien Ausschuß die Tuberkulosebekämpfung beilassen nach Wahrung des vom Ausschau aufgestellten Richtlinien, die insbesondere ein enges Zusammenarbeiten mit dem Führgremium gewünscht.

Von den Vorschlägen des Prof. Dr. Böschner zu einer zeitgemäßen Umgestaltung und Erweiterung der Schule für Tuberkulose und den vom freien Ausschuß zunächst in Aussicht genommenen Maßnahmen (Errichtung von Erholungsstätten für Lungentuberkulose) wurde Neumünster genommen und das Krankenhausamt mit Gestaltung einer Vorlage wegen Unterbringung von Schwerttuberkulösen im Einvernehmen mit dem freien Ausschuß und Prof. Dr. Böschner beauftragt.

* Die Deustchläre bei der Abgabe von Koch- und Lengtgas soll nach einer Mitteilung in der letzten Sitzung so glänzend wie möglich gestaltet werden. Gegenüber dem Ratsherrn ist schon eine wesentliche Verbesserung sowohl der Deutschschläre als auch der abgegebenen Gasmengen festgestellt.

* Mit dem Ossenthalen der Schauspieler am Sonn- und Festtagen hat sich auch der Rat in seiner letzten Sitzung beschäftigt. Es wurde beschlossen, zunächst die Besichtigung durch das Oberbeamte darüber zu hören. — Dem Besitzer des Ausschusses für das Volksschulwesen über die

Trübung der 20. Volksschule in die 20. und eine neue 52., und der 22. in die 22. und eine neue 53., wurde in der letzten Sitzung zugestimmt.

* Für das Gebäude am Platz Wicatta und nördlich der Löbeder Straße vom Hausruckwall Löbeder Straße 100 an bis zum Hügelweg und zur Lüderstraße ist ein neuer Bedarfsantrag eingebracht, der zu jederzeitigen Einsicht im neuen Rathaus (Zimmer 121) ausliegt.

* Im Rahmen der Berufsbildungsanstalt am Stadtschlossmuseum steht Bildhauer Dr. Richter, Professor an der Berufsschule Hochschule, Dienstag, den 16. Februar, einen Vortrag über den Beruf des Tierzieles. Über den Inhalt des Vortrages, den Professor Richter vor einiger Zeit am König Georg-Gymnasium hielt, ist unklug berichtet worden. Zuletzt Berufsbildungsanstalt Dienstag, den 12. April, Direktor Wille: "Vortrag des Schauspielers".

* Nach dem Sonntag, den 20. Februar, abends 8 Uhr wird im Jugendverein, Glacisstr. 3, Dr. Pastor Winter einen Vortrag halten über "Wissen des praktischen Christentums".

* Im Hinblick auf die bevorstehenden Konferenzen richtet der Kirchenvorstand der Martin-Luther-Kirchengemeinde an die Gemeindemitglieder die Bitte um freiwillige Gaben zur Unterstützung armer Konfirmanden. Spenden werden dankbar angenommen durch die Geißel, die Kirchenfamilie, Martin-Lutherplatz 5, sowie in verschiedenen durch Platze gekennzeichnete Geschäfte der Gemeinde.

* Der Bericht zur Konfirmandenkonferenz in Dresden erhalten jedoch seinen Kirchenjahrbericht über das 44. Vereinsjahr. Durch das gemeinnützige Wirken des Vereins wurde das Vertrauen der Behörden gerechtfertigt und seine Beliebtheit bei Eltern und Erziehern gezeigt. Dies beweist die Aufnahme von 894 Mitgliedern und 15 714 Kindern. Die Einzahlungen beliefen sich auf 2 261 746 M., das sind 657 014 M. mehr als im Vorjahr. Das Vermögen ist um 1 233 090 M. gewachsen und beträgt 5 623 693 M. Die Ausgaben betragen 1 064 863 M. Seit Gründung des Vereins wurden 17 903 154 M. ein- und 12 507 086 M. ausgezahlt.

* Die Gründung einer Glas-Abgangsklausur beschäftigt eine Anzahl Gläser, die in Dresden und den Kreishauptmannschaften Dresden-Altstadt und Neustadt mit Ausnahme der zum Amtsgerichtsbezirk Thonrand gehörigen Ortschaften das Pfarrhandwerk selbständig betreiben. Es findet regelmäßig eine Abstimmung der Gläser darüber statt, ob sie für oder gegen die Errichtung einer solchen Klausur sind. Erklärungen über die Abgangsklausur sind spätestens bis zum 2. März 1921 an das Lehreramt B. am besten schriftlich, abzugeben.

* Mit der wöchentlichen Schule und dem Religionsunterricht beschäftigt sich eine Anzahl Elternräte der Dresden-Volksschulen in einer öffentlichen Versammlung. Nach längeren Auseinandersetzungen des Lehrers Jaesch und Pastor Richter wurde die nachlassende Entzifferung angenommen. Die Versammlung erhält in der wöchentlichen Schule, wie sie der Schulförderverein vertritt, die reine Erziehungsschule, die rohheitliche Schule, die leistungsfähige Schule, die Schule, die am besten den Weisen der Kinderseele entspricht und die Schule, bei der die Erziehbarkeit der Erzieherpersönlichkeit nicht gefährdet ist. Die Versammlung ist überzeugt, daß die wöchentliche Schule weder religiös noch kirchlich ist. Sie erwarte deshalb, daß aus Gründen der öffentlichen Erziehung in den staatlichen Schulen die liturgische Bildung durch einen

* Rotes Haus: In der Geschäftsstelle, Peters-Rathaus, Zimmer 48 (10 bis 3 Uhr, Sonnabends 10 bis 2 Uhr), sowie Dienstag und Donnerstag von 5 bis 7 Uhr in der Städtischen Polizei, Weissenhäuser Str. 9, zu haben.

* In der Martin-Luther-Kirche findet Samstag, den 20. Februar, abends 6 Uhr, ein Vespergottesdienst statt. Zur Aufführung gelungenen Werke von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Mitwirkung: Konzertensemble Frau Gertrud Band (Mit), Orgel: Musikdirektor Otto Hörmig (Vor und Orgel). Leitung: Org. Musikdirektor Richard Brücke. Der Eintritt ist frei.

Bücherbesprechungen.

* Westermanns Monatshefte. Im Februarheft ist der erste der reich illustrierten Beiträge dem Bildhauer W. Wolfgang Veier (von Albert Lorenz), der zweite einer Anzahl Kreiszeichner von 1920 (von Dr. Friedrich Schuh), der dritte Oberfränkens Land und Leute, seiner wirtschaftlichen Bedeutung, seinen landwirtschaftlichen Schönheiten und volkstümlichen Bewohnern nach.

* In der Martin-Luther-Kirche findet Samstag, den 20. Februar, abends 6 Uhr, ein Vespergottesdienst statt. Zur Aufführung gelungenen Werke von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Mitwirkung: Konzertensemble Frau Gertrud Band (Mit), Orgel: Musikdirektor Otto Hörmig (Vor und Orgel). Leitung: Org. Musikdirektor Richard Brücke. Der Eintritt ist frei.

* Theater, Konzerte, Vorträge. * Morgen, Freitag, 7 Uhr im Künstlerhaus Liederabend von Paul Madsen (Tenor). Am Freitag: Roland Voegel.

* Zum Besten des Verbands für Jugendhilfe findet Sonntag, 27. Februar, 7 Uhr, im Gewerbehaus ein großes Konzert mit dem Philharmonischen Orchester statt. Dirigent: Erich Reiner, Solist: Tina Pattiera, von der Städtischen Oper. Zum Solistin kommt die Berliner mit aufführungswertigen Erfolg aufgeführten Programmen. (Karten ab 22. Februar bei Ries.)

* Volksbücherei. Die nächste Versammlung der Obmanns aus Hörzendorf wird Sonnabend, den 19. 2. M., abends 7 Uhr, im Vogtlandischen Schreinhaus, Weizenhäuserstraße 15, II (über der Königsstiege) abgehalten. Dr. Erich Vieß benötigt über seine Einladung zum Volksbücherei-Vorstand bei Weizingen, Prof. Max Rauch, eine Einsicht. Diese ist am 1. Februar zu erhalten.

* Theater und Oper. Dienstag, 2. Februar, 1921, beginnt Dr. August Klemm mit einer Reihe von Vorträgen über die Geschichte des Deutschen Theaters. Von der ersten Bühne bis zur Gegenwart. Eine leidliche Eröffnung ist die "Heilige Oper" von Robert Schumann, die eine jahrlange Bemühung war, um die "Heilige Oper" zu schaffen. Eine leidliche Eröffnung ist die "Heilige Oper" von Robert Schumann, die eine jahrlange Bemühung war, um die "Heilige Oper" zu schaffen.

Lebenkundlichen Unterricht gewöhnen will. Die Regierung wird erachtet, durch ein Gesetz endlich den Frieden in der Schule durch Entfernung des Religionsunterrichts wieder herzustellen.

* Am 22. Februar hat der musikalische Leiter der Künstlergruppe des Selbstdirektors, Frank Wolf, seinen *Chrenabend*. Er hat seit Jahren sein musikalisches Können Abend für Abend in den Dienst dieser Kabarettbühne gestellt und ist als einer der feinsten Künstler bekannt. Man wird an diesem Abend Gelegenheit haben, Frank Wolf auch als Komponist von Liedern, die der Konzertgänger Otto singen wird, und von Werken für Streichquartett, lernen zu lernen. Auch die übrigen Künstler werden durchweg neue Vorträge bieten.

* Die *Fürstenhof-Lichtspiele* (FÜ-LI), Striezelner Straße 32, sind von dem alleinigen Besitzer, Herrn Verlagsdirektor Edgar Schmidt, an die Berliner Theatervfirma Czaja & Co. G.m.b.H. auf 5 Jahre verpachtet worden. Die neue Direktion, der ein guter Ruf vorausgeht, wird auch in Zukunft dem Publikum nur exklusive Programme bieten und bemüht sein, das Theater, das sich größter Beliebtheit erfreut, auf der bisherigen Höhe zu erhalten.

Sächsische Angelegenheiten.

Verteilung von Männeranzügen.

(N.) Aus den Behörden der Sächsischen Landesstelle für Textilnotstandsversorgung kommen demnächst einige tausend preiswerte dreiteilige Männeranzüge zur Verteilung, die für den freien Verlauf bestimmt sind und ohne Bezeichnungsschein an jedermann abgegeben werden dürfen. Einzelhändler, die sich am Verkaufe dieser preiswerten Anzüge zu beteiligen wünschen, müssen ihren Bedarf beim Reichskleiderlager Dresden, Trampeterstraße 14, oder beim Reichskleiderlager Chemnitz, Zwölauer Straße 55, sofort anmelden.

Deutscher Steinzeugtag.

Auf dem Deutschen Steinzeugtag, der gestern in Leipzig abgehalten wurde und der aus allen Teilen des Reiches gut besucht war, hielt Syndikus Dr. Weber vom Landeskonschthal des sächsischen Handwerks einen Vortrag über Sozialisierung und Kommunalisierung. Die Verkündung nahm nach lebhafter Aussprache folgende Entschließung an: Das gesamte Deutsche Steinzeug-, Pfisterer- und Strohengangewerbe, auf dem am 16. Februar 1921 in Leipzig abgehaltenen allgemeinen Deutschen Steinzeugtag vertreten durch Betriebsinhaber aus allen Teilen des Reiches, erhebt gegen die in zahlreichen Orten eingeführten Regelarbeiten und gegen die bestehenden Bestrebungen auf Sozialisierung des gesamten Eisenwarengewerbes, die geeignet sind, die Existenz des Unternehmers im deutschen Steingangewerbe zu vernichten, Protest und zugleich klärtigen Widerspruch gegen die einseitige finanzielle Unterstützung der Arbeitproduktionsgenossenschaften aus öffentlichen Mitteln. Der Steinzeugtag verlangt, daß, da diese meist auf einer gemeinschaftlichen Grundlage aufgebaut sind, auf den wirtschaftlichen Erfolg im Sinne der Allgemeinheit und nicht auf die Erfüllung politischer Forderungen der sozialistischen Parteien der Hauptwert gelegt werde, und glaubt

dessen sicher zu sein, daß der Vergleich der Regie und der Arbeitproduktionsgenossenschaft mit den handwerklichen Betrieben zugunsten der letzteren ausfallen wird.

* In Leipzig. Die Röilage der Deutschen Bücherei hat sich infolge der Steigerung der Gehälter und des wachsenden Tenerung aller Materialien weiter verschärft. Der Haushaltplan für 1920 schreibt mit einem Gehalt von 800 000 M. ab. Die Regierung hat daher beschlossen, den Staatsauszug um 250 000 M. zu erhöhen. Das Reich hat für den gleichen Zweck erstmals 500 000 M. angefordert.

— Wie der *Bauarbeiterverband* in Leipzig mittelt, sind heute bei allen Bauwerken für die bevorstehende Leipziger Frühlingsmesse die Arbeiter in den *Wassstand* getreten trotz dem bestehenden Taiflvertrag und trotzdem daß Mehamt für die Mustermesse den Arbeitern bereits zufolge früherer Vereinbarung eine Sonderzulage von 80 Pf. über den tariflichen Stundenlohn von 6,70 M. hinaus zugeschoben und gezahlt hatte. Durch die Arbeitsminderung soll eine Stundenlohzulage von 2 M. erzielt werden.

— Die kommunistische Partei Döbelns, die für ihre Anhänger im Dezember eine Dresdner Ausgabe des "Sächsischen Volksblattes" herausgab, die wegen ihrer Mängelhaftigkeit dann durch den Chemnitzer "Kämpfer" ersetzt wurde, gibt seit Dienstag eine eigene Zeitung, beitet "Volksblatt", mit Erscheinungsort Dresden, heraus.

Chemnitz. Am 14. Februar storb unerwartet ein langjähriges Mitglied des Lehrkörpers der Technischen Staatslehranstalten, Hr. Prof. Ernst Kirchner. Er galt in Deutschland als wissenschaftliche Autorität für Papierfabrikation. Am 1. April 1892 wurde er als Lehren maschinen-technischer Fächer an den Technischen Staatslehranstalten angestellt, 1894 zum Professor ernannt. Am 1. Oktober 1914 ging er in den Ruhestand, gab aber bis zu seinem Tode sein Lieblingsfach, den Unterricht in Papierherstellung, mit.

Limbach. Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung, gegen den vom Reichsfinanzministerium vertretenen Standpunkt in Sachen der Oberschulzuteilung nachdrücklich Widerspruch zu erheben.

Döbeln i. F. Die hiesigen Arzte und Apotheker haben sich bereit erklärt, für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene ermäßigte Gebühren und Preise zu berechnen.

Aue. Seit Montag mittag stehen hier die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche-Industrie im Ausstande, womit sie in Übereinstimmung handeln mit den Arbeitern der übrigen Wäsche-industriebetriebe (Berlin und Bielefeld). Der Grund liegt in Lohnunterschieden. Die Angestellten der Betriebe haben beschlossen, sich nicht aktiv am Ausstand zu beteiligen.

St. Egidien. Hier stand die Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei im früheren Reichsbauernwahlkreis statt. Als Vorsitzende wurden gewählt die Herren Stadtrat Wölke als erster Vorsitzender, Stadtrat Böhme als zweiter Vorsitzender und Emil Landgraf als Schriftführer.

Marienberg. Am Ende der Sitzung des Bezirksamtsausschusses der Amtshauptmannschaft Marienberg erfolgte eine Aussprache über die vom Bezirk zu ergreifenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit. Vor der endgültigen Entschließung soll zunächst das Ergebnis der Verhandlungen im

Reichstage wegen der Wohnungsbaufrage und der Erfolg der Anträge beim Landeswohnungsamt wegen des Rahmenbeschlusses abgewartet werden.

Markneukirchen. Die Gemeinnützige Baugenossenschaft erhielt vom Stadtrat für ihre geplanten 22 Siedlungshäuser einen zinsfreien Kredit von 330 000 M. bei 1 Proz. Tilgung und verzweigt darauf, daß auf diesem Wege die Wohnungsbauaufgabe der Stadt billiger zu stehen komme, als wenn sie selbst Häuser errichten würde. Die drei Häuser, welche die Stadt errichtet habe, dürften 520 000 M. kosten.

Großdöbern. Die Errichtung des konfessionellen

Religionunterrichts in der Schule hat der Elternrat zu Großdöbern abgelehnt.

Gewünscht wird eine

von der Lehrerschaft mit Mehrheit geplante Einführung eines Unterrichts gesinnungsbildenden und religiösen geschichtlichen Inhalts.

Schleiz. Der Metallarbeiteraustausch in Schleiz, der fünf Wochen andauerte, ist durch beiderseitiges Nachgeben beendet worden.

Leubnitz. Von den hiesigen Geschäftsmännern wird

die Gründung eines Rabattsparteivereins erwogen.

Wurzen. In der Gemeinde Niederleibnitz regt

sich der Wunsch, nach Dresden einzuziehen zu

werden. Man führt an, daß die Verschmelzung des Kreises mit Dresden der Einwohnerzahl sehr

allein, auch wenn es sich mit anderen Land-

gemeinden vereinige, niemals zu bieten in der

Loge sei. Von anderer Seite wird auch der Plan

erwogen, sich mit Hoyerswerda und eventuell auch mit

Großjena zu vereinigen, nachdem Deuben, an das man gedacht hatte, nach Dresden geht.

Leipzig. Der Metallarbeiteraustausch in

Leipzig ist beendet worden.

Werdau. Von den hiesigen Geschäftsmännern wird

die Gründung eines Rabattsparteivereins erwogen.

Wurzen. In der Gemeinde Niederleibnitz regt

sich der Wunsch, nach Dresden einzuziehen zu

werden. Man führt an, daß die Verschmelzung des Kreises mit Dresden der Einwohnerzahl sehr

allein, auch wenn es sich mit anderen Land-

gemeinden vereinige, niemals zu bieten in der

Loge sei. Von anderer Seite wird auch der Plan

erwogen, sich mit Hoyerswerda und eventuell auch mit

Großjena zu vereinigen, nachdem Deuben, an das man gedacht hatte, nach Dresden geht.

Leipzig. Der Metallarbeiteraustausch in

Leipzig ist beendet worden.

Werdau. Von den hiesigen Geschäftsmännern wird

die Gründung eines Rabattsparteivereins erwogen.

Wurzen. In der Gemeinde Niederleibnitz regt

sich der Wunsch, nach Dresden einzuziehen zu

werden. Man führt an, daß die Verschmelzung des Kreises mit Dresden der Einwohnerzahl sehr

allein, auch wenn es sich mit anderen Land-

gemeinden vereinige, niemals zu bieten in der

Loge sei. Von anderer Seite wird auch der Plan

erwogen, sich mit Hoyerswerda und eventuell auch mit

Großjena zu vereinigen, nachdem Deuben, an das man gedacht hatte, nach Dresden geht.

Leipzig. Der Metallarbeiteraustausch in

Leipzig ist beendet worden.

Werdau. Von den hiesigen Geschäftsmännern wird

die Gründung eines Rabattsparteivereins erwogen.

Wurzen. In der Gemeinde Niederleibnitz regt

sich der Wunsch, nach Dresden einzuziehen zu

werden. Man führt an, daß die Verschmelzung des Kreises mit Dresden der Einwohnerzahl sehr

allein, auch wenn es sich mit anderen Land-

gemeinden vereinige, niemals zu bieten in der

Loge sei. Von anderer Seite wird auch der Plan

erwogen, sich mit Hoyerswerda und eventuell auch mit

Großjena zu vereinigen, nachdem Deuben, an das man gedacht hatte, nach Dresden geht.

Leipzig. Der Metallarbeiteraustausch in

Leipzig ist beendet worden.

Werdau. Von den hiesigen Geschäftsmännern wird

die Gründung eines Rabattsparteivereins erwogen.

Wurzen. In der Gemeinde Niederleibnitz regt

sich der Wunsch, nach Dresden einzuziehen zu

werden. Man führt an, daß die Verschmelzung des Kreises mit Dresden der Einwohnerzahl sehr

allein, auch wenn es sich mit anderen Land-

gemeinden vereinige, niemals zu bieten in der

Loge sei. Von anderer Seite wird auch der Plan

erwogen, sich mit Hoyerswerda und eventuell auch mit

Großjena zu vereinigen, nachdem Deuben, an das man gedacht hatte, nach Dresden geht.

Leipzig. Der Metallarbeiteraustausch in

Leipzig ist beendet worden.

Werdau. Von den hiesigen Geschäftsmännern wird

die Gründung eines Rabattsparteivereins erwogen.

Wurzen. In der Gemeinde Niederleibnitz regt

sich der Wunsch, nach Dresden einzuziehen zu

werden. Man führt an, daß die Verschmelzung des Kreises mit Dresden der Einwohnerzahl sehr

allein, auch wenn es sich mit anderen Land-

gemeinden vereinige, niemals zu bieten in der

Loge sei. Von anderer Seite wird auch der Plan

erwogen, sich mit Hoyerswerda und eventuell auch mit

Großjena zu vereinigen, nachdem Deuben, an das man gedacht hatte, nach Dresden geht.

Leipzig. Der Metallarbeiteraustausch in

Leipzig ist beendet worden.

Werdau. Von den hiesigen Geschäftsmännern wird

die Gründung eines Rabattsparteivereins erwogen.

Wurzen. In der Gemeinde Niederleibnitz regt

sich der Wunsch, nach Dresden einzuziehen zu

werden. Man führt an, daß die Verschmelzung des Kreises mit Dresden der Einwohnerzahl sehr

allein, auch wenn es sich mit anderen Land-

gemeinden vereinige, niemals zu bieten in der

Loge sei. Von anderer Seite wird auch der Plan

erwogen, sich mit Hoyerswerda und eventuell auch mit

Großjena zu vereinigen, nachdem Deuben, an das man gedacht hatte, nach Dresden geht.

Leipzig. Der Metallarbeiteraustausch in

Leipzig ist beendet worden.

Werdau. Von den hiesigen Geschäftsmännern wird

die Gründung eines Rabattsparteivereins erwogen.

Wurzen. In der Gemeinde Niederleibnitz regt

sich der Wunsch, nach Dresden einzuziehen zu

werden. Man führt an, daß die Verschmelzung des Kreises mit Dresden der Einwohnerzahl sehr

allein, auch wenn es sich mit anderen Land-

gemeinden vereinige, niemals zu bieten in der

Loge sei. Von anderer Seite wird auch der Plan

erwogen, sich mit Hoyerswerda und eventuell auch mit

Großjena zu vereinigen, nachdem Deuben, an das man ged

Amtlicher Teil.

Vom 1. März 1921 ab haben alle das Klempnerhandwerk ausübenden Gewerbetreibenden im Bezirk der Amtshauptmannschaft Marienberg einschließlich der Städte mit der Städteordnung in diesem Bezirk sowie in den zum amtsfürstlich-sächsischen Zweigamt Saalda gehörigen Orten Reuhousen, Seiffen, Deutschneudorf, Deutschesiebel, Holzbach, Dörrthal, Meineischönberg, Niederneuschönberg, Riederschönberg, Oberneuschönberg, Oberschönbach, Reulerdorf und Pfossroda der Zusammensetzung für das Klempnergewerbe in "Marienberg" anzugehören. 259 IV 10289

Kreisgericht Dresden, 16. Februar 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Auf Antrag Beteiligter wird hiermit gemäß §§ 100 und 100b der Reichs-Gewerbe-Ordnung angeordnet, daß vom 21. März 1921 ab sämtliche Gewerbetreibende, die in den Amtsgerichtsbezirken Döhlen und Tharandt sowie in den Ortschaften Obergörbitz, Riebergkorbach und Coschütz das Schlosserhandwerk, das Fassbauerhandwerk insoweit Gas- und elektrische Anlagen in Frage kommen, das Jahrab- und Maschinendauerhandwerk selbständig betreiben, gleichviel ob sie Gesellen oder Lehrlinge halten oder nicht, der neu zu errichtenden Zusammensetzung für die bezeichneten Handwerke in den genannten Bezirken und Ortschaften mit dem Sitz in Dresden anzugehören haben. [10314] 60 a IV Kreishauptmannschaft Dresden, 11. Februar 1921.

Auf Grund der §§ 100 Absatz 1 und 100b der Gewerbe-Ordnung wird auf Antrag Beteiligter und mit Rücksicht auf das Ergebnis des nach § 100a der Gewerbe-Ordnung abgeleiteten Feststellungsvorhabens hiermit angeordnet, daß vom 1. März 1921 ab sämtliche Gewerbetreibende, die innerhalb des Bezirktes der Stadt Zwickau und der Amtshauptmannschaften Zwickau und Werda — einschließlich der rev. Städte Werda, Grimmaischau und Nitschberg — das Wölknerhandwerk selbständig betreiben, der mit diesem Tage für den genannten Bezirk mit dem Sitz in Zwickau neugegründeten Wölknerzusammensetzung für den obengenannten Bezirk als Mitglieder anzugehören haben.

Die bisher für den Bezirk der Stadtgemeinden Zwickau, Werda und Grimmaischau sowie der Kreishauptmannschaft Werda bestehende freie Sicherstellung zu Zwickau wird mit dem 28. Februar 1921 geschlossen. 249 IV 10290

Zwickau, 13. Februar 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Ernennungen, Versetzungen 2. im öffentlichen Dienste.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.
Zu besetzen: Öffnen die Mittelschule zu Tippendorf. Amtswohnung. Ortsf. E. 550 M. vom Kirchendienst. Bew. bis 28. Februar 1921. Amtesamtsschulrat zu Olbnitz i. S.

Binnen-Güter- und Tierarzt für die schmalrasierten Linien des sächsischen Reges. Vom 1. März 1921 ab erhalten die Bahnhöfe Bärenstein b. Göltzsch, Höckendorf und Weesenstein volle Ausführungsbefugnisse. Die bisherigen Beschränkungen — vergl. besondere Ausführungsbestimmungen zu § 53 der Eisenbahn-Verkehrsordnung — fallen weg.

Dresden, am 9. Februar 1921. 10291

Eisenbahn-Generaldirektion.
Auf Blatt 904 des Handelsregisters, die Aktiengesellschaft Chemnitzer Baum-Betriebe, Filiale Grimmaischen, Zweigniederlassung, in Grimmaischen bestehend, ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt an **Gerhard Henzel** und **Carl Spenger**, beide in Grimmaischen, für die Zweigniederlassung in Grimmaischen. Sie dürfen die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmittel, einem anderen Prokurranten oder einem Bevollmächtigten der Gesellschaft vertreten. 10300

Kreisgericht Grimmaischen, den 16. Februar 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 14060, betr. die Aktiengesellschaft **Joel Lechner'sche Aktiengesellschaft** in Dresden. Der Gesellschaftsvertrag vom 20. Mai 1916 ist in § 4 durch Beschluss des Aufsichtsrats vom 20. Januar 1921 auf Grund der dem Aufsichtsrat von der Generalversammlung vom 18. September 1920 verliehenen Ernennung abgeändert worden;

2. auf Blatt 11135, betr. die Gesellschaft **Kunststoffanstalt Stengel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Dresden. Auf Grund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 29. Dezember 1920 ist das Stammkapital um zweihundertfünfundfzigtausend Mark, somach auf siebenhundertfünfundfiftytausend Mark erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag vom 1. Juli 1905 ist durch Hinzufügen der §§ 19 und 20 durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29. Dezember 1920 abgeändert worden;

3. auf Blatt 16102, betr. die offene Handelsgesellschaft **Gummi- u. Verbandstoff- Compagnie Goldammer & Berndorf** in Dresden. Der Gesellschafter **Georg Berndorf** ist ab der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Gesellschafter **Josef Goldammer** führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleinhaber fort;

4. auf Blatt 14061, betr. die offene Handelsgesellschaft **Nidderoß Böhme & Co. Kommanditgesellschaft** in Dresden. Der Privatmann **Felix Büchener** in Köthenbroda ist als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten; 10290

5. auf Blatt 7017, betr. die Firma **Wilm. Bräuer** in Dresden. Die Prokura des Kaufmanns **Kurt Albert Thomas** ist erloschen;

6. auf Blatt 12125, betr. die Firma **Karl Schlegel** in Dresden. Die Firma ist erloschen;

7. auf Blatt 14610, betr. die Firma **Alfred Salzmann** in Dresden. Die Firma ist erloschen.

Kreisgericht Dresden, Abt. III, 15. Februar 1921.

Auf Blatt 14481 des Handelsregisters, betr. die Firma **Karl Kühlisch Zweigniederlassung der Ludwig Hapsfeld Aktiengesellschaft** in Dresden, Zweigniederlassung der in Böhrn-Eichenberg unter der Firma **Ludwig Hapsfeld Aktiengesellschaft** bestehenden Aktiengesellschaft, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 7. Januar 1921 hat beschlossen, das Grundkapital um sieben Millionen Mark, verfallend in sechstausendfünfhundert Stück auf den Inhaber lautende Aktien zu je eintausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 1901 ist in § 6 dementsprechend durch Beschluss derselben Generalversammlung laut Notariatsprotokoll von diesem Tage abgeändert worden. Es wird noch bekanntgegeben, daß die neuen Aktien zum Kurs von 100 % ausgegeben werden sollen, zu je eintausend Mark, zu erhöhen. Die Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt nunmehr dreizehn Millionen Mark und verfällt in eintausendfünfhundert Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien und fünfhundert Stück auf den Namen lautende Vorzugskapital zu je eintausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag vom 23. Dezember 1904 ist dementsprechend im § 3 und weiter in den §§ 1, 2, 9, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 18, 19 und 21 bis 27 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist: a) die Übernahme und Fortsetzung des in Leipzig gelegenen Fabrikationsgeschäfts der Firma **Ludwig Hapsfeld** in Leipzig samt den Filialen; b) im allgemeinen die Fabrikation und der Handel von Klaviern und Flügeln, sowie von mechanischen Musikinstrumenten, insbesondere von selbstspielenden Pianos, Orchestriions, Klavier-Spielpianos (Phonola), und Bestandteilen derselben; c) die Beteiligung an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen. Die Firma der Hauptniederlassung lautet fünftig: **Ludwig Hapsfeld Aktiengesellschaft**. Es wird noch bekanntgegeben, daß die Inhaberaktien zum Kurs von 140 %, die auf den Namen lautende Vorzugskapital zum Kurs von 100 % ausgegeben werden. Die Vorzugskapital werden mit folgenden Vorrechten ausgestattet: a) Sie erhalten unter vorzugsweise Befreiung vor den Stammaktien eine Dividende bis zum Hochstz. von 7 %. Reicht der Gewinn nicht zur Zahlung dieser Vorzugsdividende nicht aus, so ist der fehlende Betrag aus dem Gewinn der folgenden Geschäftsjahre unter vorzugsweise Befreiung der Vorzugskapital vor den Stammaktien nachzuzahlen. Die Nachzahlung der Dividendenlasten findet in der Weise statt, daß diese auf den Gewinnanteilschein des gleichen vor der Nachzahlung abgelaufenen Geschäftsjahres aufgezahlt werden. b) Die Vorzugskapital haben das 12-fache des Stimmrechtes der Stammaktien, jedoch auf jede Vorzugskapital 12 Stimmen entfallen. c) Im Falle der Auflösung der Gesellschaft haben die Vorzugskapital die Anspruch auf vorzugsweise Ausschüttung des Rentabilitäts ihrer Aktien, zugl. eines Aufschlages von 10 %, sowie auf Zahlung der aus früheren Jahren etwa rückläufigen Dividendenbeiträge, bevor eine Ausschüttung an die Stammaktien erfolgen darf. Auf die nach Ausschüttung dieser ihnen zustehenden Beträge verbleibende Masse haben die Vorzugskapital keinen Anspruch. Eine Übereignung der Vorzugskapital ist nur mit Genehmigung des Aufsichtsrats zulässig. 10294

Kreisgericht Dresden, Abt. III, 15. Februar 1921.

Auf Blatt 400 des Handelsregisters, betr. die Firma **Albert Heder in Eibenstock** betreffend, ist heute auf Blatt 859 **Jäger & Adler Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Weissen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. Februar 1921 beschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Betrieb von Kämmen aus Leichtmetallen und anderen Stoffen, sowie die Herstellung und der Betrieb von Klein-Metallwaren (Knöpfe usw.). Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Ingenieur **Carl Jäger** und der Kaufmann **Franz Adler**, beide in Weissen. Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem der Geschäftsführer selbstständig zu;

a) auf Blatt 859 **Jäger & Adler Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Weissen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. Februar 1921 beschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Betrieb von Kämmen aus Leichtmetallen und anderen Stoffen, sowie die Herstellung und der Betrieb von Klein-Metallwaren (Knöpfe usw.). Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Ingenieur **Carl Jäger** und der Kaufmann **Franz Adler**, beide in Weissen. Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem der Geschäftsführer selbstständig zu;

b) auf Blatt 674 über **Heinrich Bierling Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Brodwill. Das Stammkapital ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 7. Dezember 1920 auf zwei Millionen einhunderttausend Mark erhöht worden;

c) auf Blatt 860: **Grundwerts-Aktiengesellschaft** in Brodwill. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb von bebauten oder unbebauten Grundstücken, die Errichtung von Gebäuden aller Art sowie die Beteiligung an Unternehmen mit gleichen Zielen. Das Grundkapital beträgt dreihunderttausend Mark, verfallend in dreihunderttausend Mark, zu je eintausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Januar 1921 festgestellt. Zum Vorstand besteht ist der Prokurist **Bernhard Gädler** in Kötzs. Beide in Weissen. Der Vorstand aus mehreren Mitgliedern, so bedarf es zur Vertretung der Gesellschaft der Wissentlichung zweier Vorstandsmitglieder oder eines Vorstandsmitgliedes gemeinsam mit einem Prokurranten. — Aus dem Gesellschaftsvertrag ist noch bekanntgegeben: Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern. Ihre Bezeichnung und deren Widerruf erfolgt durch den Aufsichtsrat. Die Vertretung der Generalversammlung der Aktionäre erfolgt durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat unter Mitteilung der Tagesordnung des Ortes und der Zeit durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger, und zwar wenn sie vom Vorstand ausgeht, dadurch, daß die zeichnenden Vorstandsmitglieder der Gesellschaftsfirmen ihre Namensunterstrichen befügen, wenn sie vom Aufsichtsrat ausgeht, der Gesellschaftsfirmen der Name des Vorstandes des Aufsichtsrates oder seines Stellvertreters beigelegt wird, wenigstens drei Wochen vor der Versammlung, Tag der Versammlung und der Versammlung nicht mitgerechnet. Dabei ist die Ausübung des Stimmrechts davon abhängig, daß die Aktionen oder ein über ihre Hinterlegung vor der Reichsbank oder einem Notar ausgestellter Hinterlegungsschein wenigstens drei Tage vor der Generalversammlung, Tag der Hinterlegung und der Versammlung nicht mitgerechnet, bei der Gesellschaft oder einer vom Aufsichtsrat zu bestimmenden, in der Versammlungserlaubnung angegebene Stelle hinterlegt werden. Die Aktionäre weisen sich durch die Hinterlegungsscheine dieser Hinterlegungsstelle aus. Der Vorstand kann von dieser Hinterlegungsstelle ein Verzeichnis der hinterlegten Aktionen sowie der Hinterlegungsscheine ihrer Inhaber einfordern. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger, und zwar je vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat ausgedehnt mit den oben bestimmten Unterzeichnungen. Bei einer Erhöhung des Grundkapitals laufen die neuen Aktien mangels einer anderweitigen Bestimmung des Erhöhungsbeschlusses auf den Inhaber. — Ferner ist bekanntgegeben: Sämtliche Aktien sind durch den Gründer zum Nominalwert übernommen worden. Die Gründer sind: 1. die Glasfabrik Aktiengesellschaft in Brodwill, 2. der Aufsichtsrat **Albert Lindstädt** in Zittau, 3. der Vorstand **Albert Lindstädt** und **Ernst Ströhmann**, beide in Brodwill, 4. der Prokurrant **Agnes Anna Maria Hämmerle** in Zwickau, 5. der Vorstand **Albert Lindstädt** in Zwickau. Die Gesellschaft hat am 1. August 1920 begonnen. Die Gesellschaft kann von beiden Gesellschaftern nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede, einem anderen Prokurranten oder einem Bevollmächtigten vertreten. 10301

Kreisgericht Zwickau, den 8. Februar 1921. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 543 des hiesigen Handelsregisters ist heute auf die Firma **Welttheater Franziska Jäbler in Frankenberg** und als deren Inhaberin **Agnes Anna Maria Hämmerle** gesch. Jäbler geb. Meyer in Frankenberg eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Betrieb eines Lichtspielhauses. 10302

Kreisgericht Eibenstock, den 16. Februar 1921.

Auf Blatt 401 des hiesigen Handelsregisters, betr. die Firma **Frankenberger Bleicherei, Färber und Appretur, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Frankenbergs Sachsen ist heute eingetragen worden: Zu Geschäftsführern sind bestellt: a) Kaufleute **Dr. phil. Wolfgang Krieg**, b) Kaufleute **Dr. ing. Edmund Bamberg**, beide in Oberlongenbach. Jeder ist berechtigt, die Firma allein zu vertreten. 10303

Kreisgericht Frankenberg (Sachsen), 8. Februar 1921. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 543 des hiesigen Handelsregisters ist heute auf die Firma **Welttheater Franziska Jäbler in Frankenberg** und als deren Inhaberin **Agnes Anna Maria Hämmerle** gesch. Jäbler geb. Meyer in Frankenberg eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Betrieb eines Lichtspielhauses. 10304

Kreisgericht Zwickau, den 8. Februar 1921. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 1020 des Handelsregisters, den **Chemnitzer Bank-Verein Zillale Freiberg** in Freiberg betrifft, ist heute eingetragen worden: Prokura für die Zweigniederlassung in Freiberg ist erteilt dem Dr. jur. **Howard Reinhard Behr** in Freiberg. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede, einem anderen Prokurranten oder einem Bevollmächtigten vertreten. 10305

Kreisgericht Freiberg, am 16. Februar 1921.

Auf Blatt 237 des Handelsregisters, die Firma **Anna Nähle in Görlitz i. Sa.** betr., ist heute eingetragen worden: In das Handelsregister ist eingetreten der Kaufmann **Alfred Horemann** in Görlitz i. Sa. Die Gesellschaft hat am 1. August 1920 begonnen. Die Gesellschaft kann von beiden Gesellschaftern nur in Gemeinschaft oder mit einem Vorstandsmitgliede vertreten werden. 10306

Kreisgericht Köthenbroda, 15. Februar 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 19815 die Firma **Albert Lindstädt & Co** in Leipzig (Schlesien, Kommerzstr. 90). Gesellschafter sind die Kaufleute **Heinrich Albert Lindstädt** und **Ernst Ströhmann**, beide in Görlitz i. Sa. Die Gesellschaft hat am 1. Februar 1921 eröffnet. Die Gesellschaft kann von beiden Gesellschaftern nur in Gemeinschaft oder mit einem Vorstandsmitgliede vertreten werden. 10307

Kreisgericht Görlitz, 15. Februar 1921. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 237 des Handelsregisters, die Firma **Anna Nähle in Görlitz i. Sa.** betr., ist heute eingetragen worden: In das Handelsregister ist eingetreten der Kaufmann **Alfred Horemann** in Görlitz i. Sa. Die Gesellschaft hat am 1. August 1920 begonnen. Die Gesellschaft kann von beiden Gesellschaftern nur in Gemeinschaft oder mit einem Vorstandsmitgliede vertreten werden. 10308

Kreisgericht Görlitz, 15. Februar 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 19815 die Firma **Albert Lindstädt & Co** in Leipzig (Schlesien, 90). Gesellschafter sind die Kaufleute **Heinrich Albert Lindstädt** und **Ernst Ströhmann**, beide in Görlitz i. Sa. Die Gesellschaft hat am 1. Februar 1921 eröffnet. Die Gesellschaft kann von beiden Gesellschaftern nur in Gemeinschaft oder mit einem Vorstandsmitgliede vertreten werden. 10309

Kreisgericht Görlitz, 15. Februar 1921.

In das hiesige Handelsregister ist heute eingetragen:

1. auf Blatt 883, betr. die Firma **G. G. Heydemann** in Bittau. Zweigniederlassung: Die den Prokurranten **Oskar Rauch** in Bittau und **Maximilian Barthel** in Bautzen erstellte Gesamtprokura ist erweitert worden, daß beide je auch berechtigt sind, die Firma **G. G. Heydemann** in Bittau mit einem Handlungsbewollmächtigten zu zeichnen. Gesamtprokura ist erweitert den Kaufleuten: a) **Willy Müller**, b) **Franz Heidepriem**, beide in Löbau, c) **Johannes Ohnsorg** in Schippwitz, d) **Julius Clemmings**, e) **Otto Poppig**, beide in Bautzen, f) **Georg Buchheim** in Hoyerswerda. Jeder von ihnen darf die Firma nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokurranten oder einem Handlungsbewollmächtigten zeichnen;

2. auf Blatt 1226, betr. die Firma **Deutsches Schwammbau Malvine Bly** in Zittau. Die Firma ist erloschen;

3. auf Blatt 1341, betr. die Firma **Ludwig Prior** in Zittau. Die Firma ist erloschen;

4. auf Blatt 1340, betr. die Firma **Wilm. Mart**

